

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 2.20 Mk., bei Selbstabholung 2.10 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 8.00 Mk., für 1 Monat 2.20 Mk. (Rechtsgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Fernsprecher: 18 000.

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Zeile 50 Pfg. und 50%. Feuerungszuschlag — 75 Pfg. Desgl. bei Platzvorrichtung 55 Pfg. und 50%. Feuerungszuschlag — 83 Pfg. Schluss der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4506 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die Antwort-Note der Entente überreicht.

Die Note der Entente.

Die Antwortnote der Entente ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris am Dienstag durch den Vorkämpfer Duttka überreicht worden. Sie hat folgenden Wortlaut:

Sehr Herr Präsident!

1. Die alliierten und assoziierten Mächte haben von Ihrem Schreiben vom 14. d. M. Kenntnis genommen. Sie haben mit Genugtuung festgestellt, daß die deutsche Regierung ihre Ansicht teilt, wonach alle Bestimmungen des Vertrages vom Zeitpunkt seines Inkrafttretens an gemäß seinen Schlußbestimmungen Anwendung finden, gleichviel ob die Ratifikation der Regierung der Vereinigten Staaten vorliegt oder nicht. Sie nehmen Akt davon, daß die deutsche Regierung den Grundsatz anerkennt, wonach sie sich ebensowenig wie einer der übrigen hohen vertragschließenden Teile auf die Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten an der ersten Unterzeichnung der Ratifikationsurkunden berufen kann, um irgendeine Bestimmung des Vertrages in Frage zu stellen. In der Tat würden alle Ansprüche oder Vorbehalte in dieser Hinsicht mit dem im Vertrage selbst deutlich zum Ausdruck gebrachten Absichten in Widerspruch stehen.

2. Was die Sicherungsmittel betrifft, von deren Anwendung die alliierten und assoziierten Mächte hoffen absehen zu können, so möchten diese Mächte feststellen, daß die deutsche Regierung hinreichend davon unterrichtet ist, daß, wenn nach der endgültigen Wiederherstellung des Friedenszustandes die Anwendung von Sicherungsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringt, ihr Ende gefunden hat, andererseits die im Vertrage vorgesehenen besonderen Maßnahmen sowie die vom Völkerrecht anerkannten verschiedenen Verfahrenskarten genau Anwendung finden werden.

3. Hinsichtlich des Teiles des Protokolls, der sich auf die Entschädigung für die Verletzung der deutschen Kriegsschiffe in Capa Flow bezieht, sind die alliierten und assoziierten Mächte nach Prüfung der Angelegenheit der Ansicht, daß sie auf der Unterzeichnung des Protokolls, so wie es ist, bestehen müssen.

4. Das Verfahren zum Zwecke der Wahrung der wirtschaftlichen Lebensinteressen Deutschlands ist in der Note der alliierten und assoziierten Mächte vom 8. Dezember 1919 dargelegt worden, worin deutlich gesagt ist, daß die alliierten und assoziierten Mächte bereit sind, ihre auf Herabgabe von 400 000 Tonnen Schwimmböden, Schwimmkreuzen, Schleppern und Baggern lautende Forderung zu ermäßigen, falls sich haltige Gründe eine solche Ermäßigung rechtfertigen.

5. Andererseits haben die alliierten und assoziierten Mächte Kenntnis davon erhalten, daß kürzlich gewisse Schwimmböden, Schwimmkreuzer und Bagger verkauft worden sind. Sie weisen darauf hin, daß bei Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage, wie sie von der deutschen Delegation dargestellt wird, ein derartiger Verkauf von den alliierten und assoziierten Mächten anerkannt werden wird, der vorgenommen worden ist in der Zeit zwischen dem 8. November 1919, dem Tage der ersten Mitteilung des Wortlauts des Protokolls an die deutsche Regierung, und dem Tage, an dem Deutschland die Entschädigung für den Zwischenfall von Capa Flow geleistet haben wird.

6. Die deutschen Delegierten haben mündlich den Antrag gestellt, von der Auslieferung der in dem Protokoll erwähnten fünf kleinen Kreuzer noch Abgabe ihrer Verpflegung zu leisten. Dieses Verlangen ist in der deutschen Note vom 14. Dezember 1919 nicht enthalten. Die Artikel des Protokolls müßten angenommen werden, so wie sie sind. Jede Änderung würde mit den Bestimmungen des Friedensvertrages in Widerspruch stehen.

7. Die alliierten und assoziierten Mächte sind bereit, sobald nach der Unterzeichnung des Protokolls die aus Anlaß des Zwischenfalls von Capa Flow internierten deutschen Offiziere und Mannschaften freizulassen, mit Ausnahme derjenigen, die etwa eines Kriegsverbrechens beschuldigt werden.

Neue Verzögerung.

Nach im Sommer in Weimar die Nationalversammlung über die Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrages herbeiführten, erwähnten vier Plakate Regierung und Abgeordnete an ihre Pflicht gegen die Kriegsgefangenen. „Was hat die Regierung den Kriegsgefangenen versprochen?“ So damals die Frage, als es um den Frieden ging.

Was hat die Regierung den Kriegsgefangenen versprochen? So lautet heute wieder die Frage, wo die Unterzeichnung des Friedensvertrages abermals verzögert ist. Die Entente regierungen verfolgen nicht nur eine Politik, die auf materiellen Erfolg abzielt, um so viel als möglich herauszupressen, sie wollen auch nicht im mindesten Prestige preisgeben. Damit muß die deutsche Regierung rechnen, wie sie im Sommer damit rechnen mußte. Aber auch sie treibt Prestigepolitik aus innerpolitischen Rücksichten. Deshalb verzögert sie die Unterzeichnung des Schlusprotokolls zum Friedensvertrag. Sie kann das Notwendige nicht vollziehen aus Furcht vor der Reaktion ihrer Gegner, von rechts. Alles, was sie erreicht, ist Zeitgewinn. Letzten Endes wird sie doch unterzeichnen müssen — zu denselben Bedingungen, wie sie es bereits vor Monaten gekonnt hätte. Wenn ihr dann die Frage entgegengehalten wird, wozu also monatelang die Kriegsgefangenen unersüßt in Frankreich bleiben mußten, so wird sie darauf keine Antwort haben. Oder doch, sie wird darauf eine Antwort haben, wie sie auf alle diese Antworten

hat. Hermann Müller wird schon Worte, Worte finden. Es wird ihr dann allerdings deutlich gesagt werden müssen, daß die Kriegsgefangenen nicht zurückkehren konnten, weil die deutsche Regierung eine Politik betrieb, deren oberstes Ziel war, sie so lange als möglich zu halten. „Nach uns die Einsicht“ — das könnte die deutsche Regierung zum Wahlspruch ihrer Politik machen.

An ihr liegt es, dem grausamen Spiel ein entschlossenes Ende zu machen, und nun endlich zu unterzeichnen, gestützt auf die Versprechungen der Entente. Statt dessen stellt sie neue Bedingungen für die Unterzeichnung. Fast sieht es so aus, als wollte sie durch unmittelbare Drohungen von der Entente gezwungen werden.

Ein Hebergriff Fochs im Saargebiet.

Aus Berlin wird gemeldet: Im Augenblick des endgültigen Friedensschlusses wird ein neuer Gewaltakt der Entente aus dem Saargebiet gemeldet. Nach dem Friedensvertrag bleibt die Verwaltung des Saargebietes in deutscher Hand, bis der Regierungsausschuss für den Saarstaat durch den Völkerverbund gebildet ist. Entgegen dieser Bestimmung hat Marshall Foch befohlen, daß bis zum 1. Januar die Eisenbahnstation Saarbrücken aus dem Gebiet des künftigen Saarstaates entfernt und eine neue Direktion für dessen Eisenbahnen unter Leitung eines französischen Offiziers gebildet wird. Das deutsche Personal soll gemäß den Bedingungen des Waffenstillstandes auch weiterhin unter militärischem Befehl bleiben. Begreiflicherweise hat sich das gesamte Eisenbahnpersonal im Bezirk Saarbrücken und der Pfalz eine tiefgehende Ugrube bemächtigt. Die Arbeiter und Beamten sind entschlossen, sich diesem Rechtsbruch nicht zu fügen und verlangen, daß die bisherige Verwaltung aufrechterhalten bleibt. Sie protestieren insbesondere gegen die Absicht, die Militarisierung der Eisenbahnen beizubehalten.

An zuständiger Stelle wird dem Wolffschen Bureau berichtet, daß die Militärbehörden der Entente die sofortige Einrichtung einer besonderen Eisenbahnverwaltung für die Linien des künftigen Saarstaates angeordnet haben. Die Reichsregierung hat gegen dieses den Bestimmungen des Friedensvertrages widersprechende Vorgehen in Paris Protest erhoben.

Ludendorffs Pläne.

Ludendorff hat dem Vertreter des Dudenpfefer As Ost erzählt, daß die Gefahr des Bolschewismus in Deutschland noch lange nicht beseitigt sei, daß noch energisch gegen ihn gekämpft werden müsse.

Ludendorff gibt Interviews über die Notwendigkeiten deutscher Politik. Ludendorff weiß, was Deutschland nützt: Kampf gegen den Bolschewismus.

Er meint natürlich Kampf gegen alles, was antiludendorffisch ist. Kampf gegen den Bolschewismus — das ist für ihn Kampf um die eigene Person. Seine eigene Haut gilt ihm alles. Das andere — das Wohl der Massen, das Los der Kriegsgefangenen — ist ihm gleich.

Ermuligung zu neuen Taten.

Der Direktor des Goethe-Gymnasiums in Berlin, Dr. Leonhardt, hatte feierlich die Schülerdemonstration für Hindenburg mit arrangiert. Unter dem Druck der Stimmung selbst in der rechtssozialistischen Partei mußte der sarnose Kultusminister Daenisch ein Disziplinarverfahren gegen ihn einleiten. Lange hat man davon nichts mehr gehört. Jetzt wird lakonisch mitgeteilt, daß das fernere Disziplinarverfahren eingestellt ist, und Leonhardt, der vom Amte entfernt worden war, weiter amtieren darf.

Er geht also straffrei aus? Nicht doch, er ist bestraft worden, er hat — eine Verwarnung erhalten. Nun wird er es bestimmt das nächste Mal nicht wieder tun. So kämpft die preussische Regierung gegen die Reaktion.

Die Balihumer verschleudern das Heeresgut

Die Pressemagd der Regierung, die P. P. Nachrichten, teilen mit, daß von den aus dem Vorkriegs zurückkehrenden Truppen Pferde und anderes Heeresgut eigenmächtig verkauft werden. „Solche Verkäufe sind verboten und werden von der Heeresverwaltung nicht anerkannt. Die Käufer haben keinerlei Erlaubnisse an das Reich, wenn die zu Unrecht erworbenen Pferde und Sachen beschlagnahmt werden, auch müssen sie Strafverfolgung gewärtigen.“

Eine schreckliche Drohung! Die Stehler des Heeresgutes sollen bestraft werden; das wird sie sicher von ihrem Vorhaben abbringen.

Englands europäische Pläne.

Von G. Engelbert Graf.

Seit den Tagen des klassischen Altertums fühlte sich Europa als politischer und kultureller Angelpunkt der Welt. Um Europa drehten sich die Geschicke aller Völker. Von Europa aus würden alle andern Erdteile befruchtet und beherrscht.

Heute, nach fünf Jahren Weltkrieg, ist seine bevorzugte Stellung dahin. Unwiderruflich dahin. Damit werden wir uns abfinden müssen. Ehemalige Kolonialgebiete und Reiche, die erst im letzten Jahrhundert im Geschwindschritt die Stappen europäischer Entwicklung durchliefen, haben nimmehr das erschöpfte Europa hinter sich gelassen. Nicht allein in den Vereinigten Staaten, auch in Kanada, Südafrika, Ägypten, Indien, Australien, Japan, alles Länder, über die sich vor dem Kriege Ströme europäischer Ausfuhrwaren ergossen, überall sind in den letzten Jahren Fabriken und Fabriken entstanden, die billige einheimische Rohstoffe verarbeiten, die, vielfach dank eingeborener, schlecht bezahlter Arbeiter und erheblich niedrigerer Grundrente, jede europäische Konkurrenz zu Tode konkurrieren können. Obendrein ist Europa heute verarmt, fast allen seinen Staaten droht über kurz oder lang der Bankrott, während in Asien und Europa sich die Goldvorräte häufen.

Selbst England erscheint heute in seinem Bestand bedroht. Trotz weitläufiger Steuermaßnahmen ist seine Verschuldung ungeheuerlich. London, vor dem Krieg der führende Börseplatz der Welt, hat seine beherrschende Stellung an New York abgeben müssen, um so eher, da im Zeitalter der drahtlosen Telegraphie das englische Welt-Sabellmonopol seine ausschlaggebende Bedeutung mehr verlor. Die englischen Kolonialgebiete haben das Mutterland nicht allein wirtschaftlich, sondern auch bis zu einem gewissen Grade politisch von sich abhängig gemacht. Zwar hat der Friede von Versailles die Lücken in dem englischen Reichen reich und um den Indischen Ozean geschlossen und ein weites Hinterland in die englische Einflusssphäre gerückt. Aber in England kennt man sehr gut die schwachen Stellen dieses Reiches. Weiß man, daß gerade auf seine Kapellen auf die Dauer wenig Verlaß ist, daß Südafrika seine eigenen Wege geht, daß in Indien der Ruf „Asien den Asiaten“ jeden Tag den offenen Ausfuhr einzuhalten kann und daß Australien bermalenst eine Beute der Mongolen zu werden droht. Vorkäufig scheinen noch die Ketten zu halten, die dieses Reich an England fesseln, und vorsorglich hat das Mutterland in diesen Tagen eine neue hinzuverfügt, die All-Red-Line, eine kombinierte Schnellbampfer- und Schlußverbindungs- von England über Kanada nach Australien, die den Weg von London nach Sidney um elf Tage verkürzt.

Nichtabgesehen davon steht sich der englische Imperialismus schon heute nach andern Betätigungsmöglichkeiten um. England hat sich nie als ganz zu Europa gehörig betrachtet; es ist stets seine eigenen Wege gegangen, und Kontinentaleuropa ist ihm seit mehr denn einem Jahrhundert Objekt seiner Politik gewesen.

Nach dem Frieden von Versailles ist Europa auf das Niveau Afrikas zurückgesunken. Mit Zug und Recht kann man heute schon von einer Afrikanisierung Europas sprechen. Das gelähmte, hilflose Europa wird eine Beute des internationalen Kapitalismus sein, der seine Schröpfköpfe und Nadeln an alle Verkehren, abern anlegen wird, die, von den Küsten beginnend, in das Innere des Kontinents hineinführen.

Schon einmal, in der Frühzeit des Kapitalismus, beobachteten wir den Beginn dieses Prozesses. Aber damals war der Sitz des Kapitalismus in Europa selbst, im westlichen Europa, in Frankreich und in England, und damals wogte der Kampf um die kapitalistische Erschließung des übrigen Europas zwischen beiden Staaten hin und her; er fand seinen Ausdruck in den politischen Geschicknissen, besonders in den Kriegen in der zweiten Hälfte des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Der Sieger in den „Befreiungskriegen“ war England, und über Preußen bahnte sich der von England befruchtete Kapitalismus seinen Weg in das Herz von Europa.

Heute, wo das internationale Finanzkapital sich zu einer mächtvollen Organisation zusammengeschlossen hat, scheint sich die Geschichte wiederholen zu wollen. Nur daß Frankreich heute nicht mehr imstande ist, ein selbständiges kapitalistisches Ausstrahlungszentrum abzugeben; es ist fürderhin nur eine Brücke, die von Amerika zum Einbringen ins Innere Europas verwandt wird. England, das im letzten Menschenalter lediglich gewohnt war, über Ozeane hinwegzublicken, um nach kapitalistischem Neuland Ausschau zu halten, England scheint sein Augenmerk wieder kontinentalwärts auf Europa richten zu wollen wie hundert Jahre zuvor. Frankreichs nach Osten